

# Die westliche Welt verliert ihr Fundament, dem sie ihren Erfolg zu verdanken hat

23.10.2020 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Die fortschreitende Abkehr von der Marktwirtschaft kommt die Volkswirtschaften des Westens teuer zu stehen: Freiheit und Wohlstand stehen auf dem Spiel.

*"Entweder Kapitalismus oder Sozialismus. Tertium non datur."* - Ludwig von Mises

## Staat verdrängt freie Märkte

Die westliche Welt ist drauf und dran, ihr Fundament für Wohlstand und friedvolles Zusammenleben zu verlieren. Das ist eine Entwicklungstendenz, die nicht erst seit gestern, die nicht erst mit dem Aufkommen der Coronavirus-Krise im Gange ist. In ihrem Mittelpunkt stehen zusehends größer und mächtiger werdende Staaten und Staatengemeinschaften, die immer stärker in Konflikt geraten mit den Grundpfeilern der freien Gesellschaft - vor allem Selbstbestimmung des Individuums, Privateigentum, verlässliche Rechtsetzung und -sprechung, freie Märkte, freier Handel und stabiles Geld.

In alle Lebensbereiche dringen die Staaten vor: Ob Erziehung und Bildung (Kindergarten, Schule, Universität), Gesundheit, Altersvorsorge, Recht, Sicherheit, Transport, Geld und Kredit, Kapitalmarkt oder Umwelt - und nahezu überall sind die Staaten zum wirkungsmächtigsten Akteur geworden. Die Staaten der westlichen Welt überführen ihre Wirtschaften und Gesellschaften dadurch in ein Lenkungs- und Befehlsregime, deren extremer Endpunkt auf einen (Neo-)Sozialismus hinausläuft. Durch die Anreizstrukturen, die sie setzen, kultivieren die Staaten Ressentiments gegen das System der freien Märkte, also gegen das System, das den Wohlstand der Nationen hervorgebracht hat.

Mit Hilfe des Staates können Politiker und vor allem auch Vertreter von Sonderinteressengruppen ungeniert ihre Ideologien in die Breite tragen. Man spricht ungeniert von "Großer Transformation", von "Neustart" (englisch: "Reset"). Das Corona-Virus erweist sich dabei als ein wahrer Katalysator, der radikalen Umstürzern in besonderer Weise in die Hände spielt. Mit ihm gelingt es, in der Umsetzung sozialistischer Pläne wirksam und rasch voranzukommen. Zumal die Folgen der politisch diktierten Lockdown-Krise - Rezession, Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit - dem Staat Millionen bedürftige Menschen in die Arme treiben; sie verschaffen ihm eine noch größere unterwürfige Anhängerschaft.

## Coronavirus als Katalysator

Die allerorten staatlich verordneten Einschränkungen der Grundrechte (wie Vertragsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit etc.) sind in ihrer Tragweite für die westlichen Demokratien bislang nicht nur einmalig. Sie hebeln vor allem auch das Wirtschaftsleben aus den Angeln. Wenn staatliche Willkürakte möglich werden und ihre Sanktionierung ausbleibt, steigt die Unsicherheit für Konsumenten und Produzenten. Wachstum und Beschäftigung nehmen dadurch Schaden.

Die Wirtschaft wird also nicht nur konjunkturell, sondern strukturell geschwächt. Die Zahl der Menschen, die auf diese Weise in immer stärkerem Maße von staatlichen Almosen abhängig werden, steigt daher dauerhaft an, macht sie zu willfährigen Befürwortern eines "starken Staates".

In Zeiten großer Verunsicherung läßt sich auch die staatliche Klimapolitik vorantreiben: Um die Menschheit vor dem Überhitzungstod zu bewahren, müsse der Staat Wirtschaft und Gesellschaft umbauen, neu ausrichten. Nicht der freie Markt, sondern nur die Staaten seien befähigt, die Ressource Erdatmosphäre zu bewirtschaften. Dazu bedarf es Staatseingriffe wie zum Beispiel die CO<sub>2</sub>-Besteuerung oder Vorgaben für erlaubte CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Staaten maßen sich an, über Wohl und Wehe von Industrien, von ganzen Volkswirtschaften zu entscheiden.

Die Geschicke der Volkswirtschaften werden in die Hände von Politikern, Bürokraten und Sonderinteressengruppen gelegt, dem freien Markt, der Konsumentensouveränität, wird das Gestaltungsmandat abgesprochen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) sitzt bereits in den Starlöchern, um "grüne Geldpolitik" zu betreiben. Der

EZB-Rat will die Kreditkosten für Unternehmen, die schadstoffarm produzieren, verbilligen und sie damit gegenüber Unternehmen, die schadstoffintensiv(er) produzieren, begünstigen. Es geht darum, im Gewand der Geldpolitik Industriepolitik zu betreiben: Das heißt von zentraler Stelle festzulegen, welche Industrien in welchen Regionen Europas gefördert, welche zurückgedrängt und welche zum Marktaustritt gezwungen werden. Eine Aufgabe, für die die EZB kein Mandat hat. Zudem gibt es keine Evidenz, die zeigt, wie die Euro-Geldpolitik auf die Erderwärmung einwirken könnte.

### **Geldpolitik entgrenzt**

Die staatsgläubigen Transformationsfantasien entfalten sich unter einer entgrenzten Geldpolitik. Die Zentralbanken haben die Marktzinsen auf oder zuweilen auch unter die Nulllinie gedrückt und weiten die Geldmengen sehr stark aus. Ähnlich wie in Kriegszeiten werden die öffentlichen Haushalte direkt und ohne Umschweife mit der elektronischen Notenpresse finanziert.

Dadurch werden die wahren Kosten der politischen diktierten Lockdown-Krise zwar nicht vollständig, aber doch zu einem ganz erheblichen Teil vor den Augen der Öffentlichkeit verschleiert. Die Regierungen können auf diese Weise Politiken voranbringen, die vermutlich bei Offenlegung ihrer tatsächlichen Konsequenzen auf Widerstand treffen und vermutlich auch zurückgewiesen würden.

Die inflationäre Geldpolitik der Zentralbanken sorgt für einen trügerischen "Scheinwohlstand": Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage erscheint den Betrachtern besser, als sie eigentlich ist. Beispielsweise werden Löhne mit neu geschaffenem Geld bezahlt, denen keine entsprechende Produktionsleistung gegenübersteht.

Oder: Die Ersparnisse vieler Menschen werden in Staatsschuldpapiere gelenkt, die einen künstlich niedrigen Zins tragen, und die auf ehrlichem Wege, also mit wertstabilem Geld, nicht mehr zurückgezahlt werden können. Oder: Die Folgen der Null- und Negativzinsen und der Geldmengenflut treten derzeit vor allem als Vermögenspreisinflation zutage: also in Form steigender Preise für Aktien, Häuser und Grundstücke.

Das wird in der Öffentlichkeit jedoch meist als "Wohlstandszuwachs" gedeutet, obwohl es sich doch im Wesentlichen um nichts anderes handelt als Inflation, also Kaufkraftschwund des Geldes: Steigen die Preise für Aktien und Häuser, bekommt man weniger Aktie und Haus pro Geldeinheit. Zwar kann sich der Besitzer von Aktien und Häusern freuen, wenn deren Preise in die Höhe klettern, das Nachsehen hat jedoch der Geldhalter. Vermögenspreisinflation macht eine Volkswirtschaft nicht reicher, sie sorgt lediglich für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Eine besondere Gefahr der inflationären Geldpolitik ist, dass man sich von ihr aus politischen Gründen kaum mehr abkehren kann.

### **Umsturz durch Inflation**

Wird die Geldmengenausweitung verlangsamt, oder werden die Zinsen auf normale Niveaus zurückgeführt, tritt das ein, was die inflationäre Geldpolitik zu verhindern trachtete: den Kollaps des Finanz- und Wirtschaftssystems. Wenn jedoch an der inflationären Geldpolitik festgehalten wird, werden früher oder später auch die Preise der Lebenshaltung, die die breite Bevölkerung zu bezahlen hat, steigen und viele Menschen in wirtschaftliche Bedrängnis und Not bringen. Zu befürchten ist dann, dass, wie schon so häufig in der Vergangenheit, "antikapitalistische Kräfte" besonderen Auftrieb bekommen: Sie schieben die steigenden Güterpreise dem System der freien Märkte in die Schuhe.

Es wird lauthals gefordert, der Staat müsse dem Einhalt gebieten. Etwa durch Preiskontrollen und Subventionszahlungen (für Miete, Fahrtkosten etc.). Man ruft nach dem Staat, der Höchstpreise für Lebensmittel, Mieten und Energie festlegen soll. Liegen die Höchstpreise unter dem markträumenden Preisen, nimmt jedoch das Güterangebot ab, die Versorgungslage verschlechtert sich - und das wiederum eröffnet den Politikern und Sonderinteressengruppen neue Möglichkeiten, immer stärker in das Marktsystem einzugreifen. Nicht nur Geldwertschwund und Zwangsumverteilung sind also das Ergebnis der Preisinflation.

Sie zersetzt auch die freie Wirtschaft und Gesellschaft (beziehungsweise das, was von ihr noch übrig ist), treibt die Menschen einer Lenkungs- beziehungsweise Kommandowirtschaft entgegen.

Nicht zuletzt ist die fortgesetzte Geldmengenausweitung - insbesondere wenn sie die Preisinflation sichtbar und fühlbar in die Höhe treibt - ein Gefahr für die Demokratie (im Sinne der Selbstbestimmung der Bürger). Inflation ermöglicht es den Regierungen, die Wähler über die wahren wirtschaftlichen Verhältnisse hinwegzutäuschen. Dadurch werden Politiken möglich, die die Wähler bei klarer Darlegung der Dinge nicht akzeptieren würden.

Hinzu kommt, dass eine um sich greifende Inflation (in Form der Geldmengenausweitung, die zu Güterpreisanstieg führt) wenige Gewinner und viele Verlierer schafft und auf diese Weise zu einer Vergiftung des gesellschaftlichen und politischen Miteinanders sorgt. Inflation ist so gesehen der Nährboden für Konflikte und radikale Politiken.

Gerade Befürworter radikaler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche erblicken in der Inflationspolitik ein probates Mittel, um ihre Pläne zu realisieren. Die politische Unabhängigkeit der Zentralbankräte ist da nur ein unzureichender Schutzwall. Zentralbanken und ihr Personal werden vereinnahmt durch den politischen Zeitgeist. Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 haben sich die Ziele der Geldpolitik verschoben. An erster Stelle steht nicht mehr die niedrige Inflation, sondern die Finanzierung strauchelnder Staaten und Banken.

Vor die Wahl gestellt, den Geldwert zu erhalten oder Staaten und Banken vor dem Zahlungsausfall zu bewahren, werden die Zentralbanken sich für zweiteres, nicht für ersteres entscheiden.

Gelingt es nicht, das Vordringen marktfeindlicher Ideen zurückzudrängen, den Staat zu entmachten und zu verkleinern, kommen Freiheit und Wohlstand in der westlichen Welt immer stärker unter die Räder. Schwindet die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, werden schwere gesellschaftliche Streitigkeiten heraufbeschworen. Wirtschaftswachstum sorgt nicht nur für steigenden materiellen Wohlstand, es senkt auch gesellschaftliche Konflikte: Wenn der Kuchen größer wird, werden alle besser gestellt, auch wenn ihr Anteil am Kuchen gleich bleibt - im Vergleich zur Situation, in der der Kuchen nicht wächst oder schrumpft, weil jeder sich dann nur noch besser stellen kann auf Kosten anderer.

### **Folgen für die Kapitalanlage**

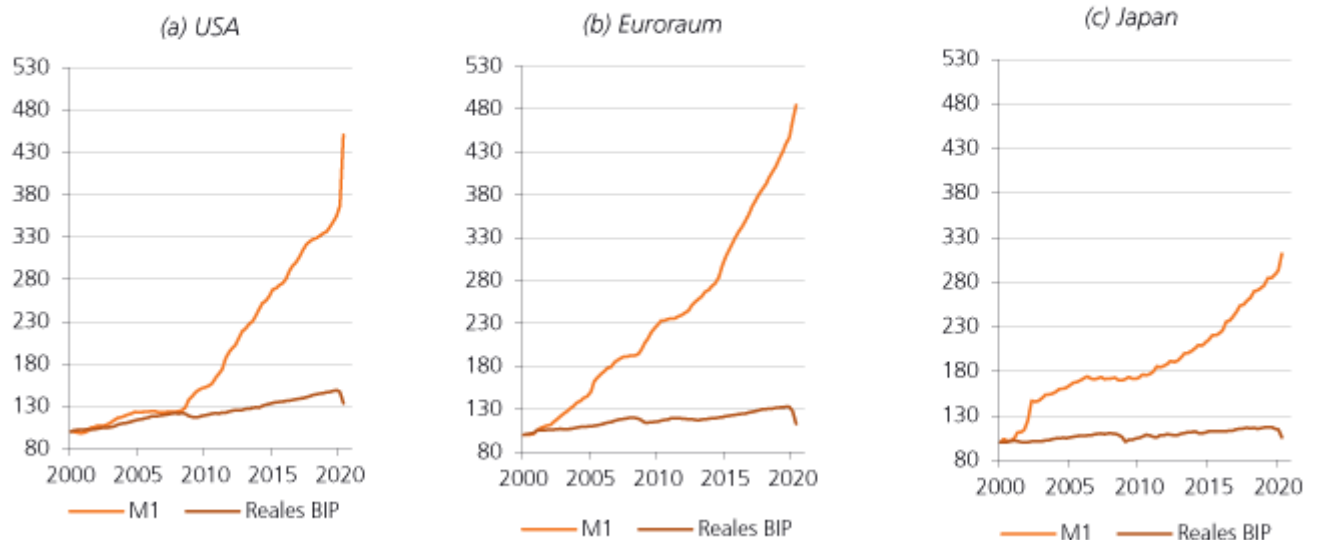
Der fortschreitende Abschied der westlichen Welt von ihrem Fundament, das ihr Wohlstand und Frieden gebracht hat, ist für den Kapitalmarktinvestor noch nicht wirklich spürbar geworden. Im Gegenteil: Dank der inflationären Geldpolitiken konnten sich die Anleger in Aktien, Anleihen und Häusern sogar auf der Gewinnerseite wähen. Doch das wird sich ändern. Der Markt für Schuldpapiere lässt sich bereits nicht mehr viel weiter inflationieren: Die Kapitalmarktzinsen sind nahe null oder zuweilen auch schon unter null Prozent; in realer Rechnung sind sie bereits negativ.

Die Aktien- und Häuserpreise inflationieren zwar noch weiter, aber früher oder später wird auch hier Ernüchterung einsetzen. Ohne tatsächlichen wirtschaftlichen Fortschritt entzaubert sich auch eine noch so ausgeklügelte Inflationspolitik der Zentralbanken als selbstzerstörerischer Hokus Pokus. Kurzum: Die Luft wird zweifelsohne enger für alle, die noch darauf hoffen, durch Kapitalmarktinvestments positive Renditen erzielen zu können, wenn die westliche Welt sich nicht abkehrt vom eingeschlagenen Kurs: die freie Marktwirtschaft abzutöten und die Staatswirtschaft voranzutreiben; das wird die Menschheit nicht reicher und friedvoller, sondern ärmer und konfliktbeladener machen.

Bei einer Sache sollte der Anleger sich keiner Illusion hingeben: beim Geld. Die Kaufkraft von US-Dollar Euro und Co wird in den kommenden Jahren weiter und verstärkt schwinden. Denn selbst wenn die westliche Welt zurückfinden sollte zu ihrem Fundament, das ihren wirtschaftlichen und kulturellen Erfolg möglich gemacht hat, sind die bereits aufgelaufenen wirtschaftlichen und politischen Schäden so groß, dass sich eine große Kaufkraftentwertung der offiziellen Währungen wohl nicht mehr abwenden lässt.

## Geldmengen steigen weltweit, die Güterproduktion ist jedoch rückläufig

Geldmenge M1 und reales Bruttoinlandsprodukt (indexiert: Q1 '00 = 100).



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit  
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/469454--Die-westliche-Welt-verliert-ihr-Fundament-dem-sie-ihren-Erfolg-zu-verdanken-hat.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).